



Foto: Uta Rojsek-Wiedergut



Foto: nnyaz - stock.adobe.com

Für den blauen Dunst in der Gastronomie hat die FPÖ auf Teile der ihr so bedeutenden Direktdemokratie verzichtet

Von der Verhandlung zur Regierung



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

Eine Regierungsbildung ist kein Tennismatch. Man kann nicht sagen, dass die ÖVP nach der Ministerzahl die Verhandlungen mit der FPÖ im Tie-Break („Gleichstandsbrecher“) mit acht zu sechs gewonnen hat. Trotzdem ist wichtig, welche Partei ihre Vorstellungen durchbringt und wo die großen Gemeinsamkeiten sind. Wie sieht es damit aus?

Ländern und Gemeinden. Im Prinzip muss jeder Minister mit irgendeiner politischen Idee deren Kosten mit Löger abstimmen.

2 Als Ausgleich sind nun alle bewaffneten Einheiten – Polizei und Armee – in den Händen der FPÖ. In friedlichen Zeiten bedeutet das wenig, doch bei Krisen und Konflikten bestimmen Herbert Kickl und Mario Kunasek (beide FPÖ), wo sich Polizeieinheiten und Truppen aufstellen sowie im Extremfall geschossen wird. Der Bundespräsident ist nämlich nur bei Angelobungen & Co. Oberbefehlshaber des Heeres.

Ansonsten regiert da ab Montag der Unteroffizier Kunasek. Die Blauen sind zugleich Chefs aller Geheim-

dienste. Bislang hat man Innen- und Verteidigungsministerium stets getrennt, um die Macht besser zu verteilen. Hier hat die FPÖ folgerichtig in den Koalitionsgesprächen sehr viel erreicht.

3 Natürlich dürfen sich die schwarz-türkis-blauen Regierungspartner nicht als Gewinner und Verlierer zeigen. Sie wollen „Leuchtturmprojekte“ präsentieren, die – ähnlich dem EU-Beitritt 1995 – über die Zukunft der Republik entscheiden. Schulische Herbstferien oder Studiengebühren zählen da nicht dazu. Dinge wie ein Familienbonus von 1500 Euro sind schön und nett, eine echte Veränderung sieht anders aus. Steuerreform & Co. müssen also wirklich klappen.

4 Damit nicht zwischen ÖVP und FPÖ der kleinste gemeinsame Nenner bleibt, braucht es Tauschgeschäfte. Offensichtlich hat Kurz zu Strache den Vorschlag „Ich verzichte auf mehr Nichtraucher-schutz, dafür lässt du nicht über Öxit oder CETA abstimmen!“ gemacht.

An sich sind solche Verknüpfungen als „Kuhhandel“ für ein Verhandlungsergebnis manchmal notwendig und zulässig. Sie sollten aber in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen. Ob der Raucher Strache seinen Parteifreunden einen Gefallen getan hat, dass er für den blauen Dunst auf Teile der ihm so bedeutenden Direkt-demokratie verzichtet hat?

BITTE BLÄTTERN SIE UM